



Schulsanierung: Wacht SPÖ endlich auf?

Nachdem in der letzten Gemeinderatssitzung in Bruck an der Mur das Projekt Bildungscampus abgeblasen wurde – der SPÖ fehlte die notwendige Zweidrittelmehrheit – lässt die Mehrheitsfraktion mit einem neuen Vorschlag aufhorchen: Man wolle mit einer Volksbefragung die Bevölkerung einbeziehen, um die Sanierung der Brucker Schulen anzugehen. Kernpunkt bleibt allerdings weiterhin der umstrittene Waldverkauf.



Das Luftschloss Schulcampus ist gescheitert: Jetzt müssen die bestehenden Schulen saniert werden.

KPÖ-Gemeinderat Jürgen Klösch: „Es ist erfreulich, dass der Bürgermeister endlich einsieht, dass das Projekt Schulcampus im Leiner-Gebäude gestorben ist. Hätte er von Anfang an auf uns gehört, hätte man sich nicht nur 500.000 Euro an Planungskosten gespart, sondern zusätzlich ein Jahr früher mit der Sanierung beginnen können. Ob für die deutlich günstigere Sanierung der Schulen der Waldverkauf wirklich notwendig ist, bezweifle ich allerdings.“

Die KPÖ hat jahrelang auf den desolaten Zustand der Brucker Bildungseinrichtungen hingewiesen. Die KPÖ hat auch mehrfach vorgeschlagen, einen Masterplan für die Sanierungen der Infrastruktur umzusetzen. All diese Vorschläge und Hinweise hat die SPÖ mit ihrer Mehrheit im Gemeinderat blockiert.

„Dass die SPÖ jetzt so

tut, als wäre die Opposition am Verhindern, ist lächerlich. Bürgermeister Koch soll endlich aufwachen und ein tragbares Sanierungskonzept vorlegen, es ist höchste Zeit dafür!“ zeigt sich Klösch empört.

Die KPÖ tritt selbstverständlich weiterhin für die Sanierung der bestehenden Schulen ein. Bei der Finanzierung muss man jedenfalls die für den Bildungscampus versprochenen zwölf Millionen Euro vom Land berücksichtigen.

„Anstatt die Bruckerinnen und Brucker laufend mit Gebührenerhöhungen zu belasten und öffentliches Eigentum zu verramschen, sollte die Brucker SPÖ lieber bei ihrem Parteikollegen Lang in Graz vorstellig werden. Ob die KPÖ einer Volksbefragung zustimmen wird, wird jedenfalls von der konkreten Fragestellung abhängig sein,“ so der KPÖ-Gemeinderat.



Wie reich ist Bruck? – Vermögen vs. Gebarung

Die Stadtgemeinde Bruck an der Mur verfügt über ein „beeindruckendes Vermögen“ von 129 Millionen Euro, schreiben die offiziellen Stadtnachrichten.

Ohne Budgetkonsolidierung ist Bruck trotzdem in drei Jahren pleite, ruft die Opposition. Zwei widersprüchliche Aussagen zum Budget, die einer Erläuterung bedürfen.

Grundsätzlich muss man unterscheiden zwischen dem Vermögen und der Gebarung, also den laufenden Einnahmen und Ausgaben. Zum Vermögen der Stadt gehören beispielsweise die Gemeindewohnungen, Anteile an Unternehmen wie den Stadtwerken oder der Stadtforst, dazu zählen aber auch Straßenlaternen, Kanaldeckel oder der Schreibtisch des Bürgermeisters. All diese Dinge haben im Rahmen der Eröffnungsbilanz sozusagen ein Preisschild

umgehängt bekommen, und in Summe ergibt sich damit das genannte Nettovermögen der Stadt in Höhe von knapp 130 Millionen Euro.

Auf der anderen Seite jedoch muss Bruck laufend Ausgaben bestreiten, etwa Gehälter für Gemeindebedienstete bezahlen, Gebäude sanieren, Straßen kehren und vieles mehr. Dem stehen Einnahmen gegenüber aus zugewiesenen Steuern aus dem Finanzausgleich, Gebühren oder die Mieteinnahmen aus den Gemeindewohnungen. Sind die laufenden Einnahmen geringer als die Ausgaben, so ergibt sich ein Budgetdefizit.

Der Verkauf von Gemeindevermögen, beispielsweise dem Stadtwald, führt also zu einer Verringerung des Vermö-



gens – und zu geringeren laufenden Einnahmen, da die Gewinne aus dem Holzverkauf dann dem neuen Eigentümer zufließen – ändert aber nichts am laufenden Budgetabgang. Man kann zwar mit dem durch den Verkauf lukrierten Geld kurzfristig Projekte finanzieren oder Budgetlöcher stopfen, langfristig hat es aber keine Budgetwirksamkeit, weil das strukturelle Defizit dadurch nicht verringert wird.

Das hat man bereits beim Verkauf der Stadtwerke-Anteile gesehen. Die sieben Millionen Euro, die damals an die Stadtgemeinde geflossen sind, versickerten innerhalb von zwei Jahren im Budget, ohne an den Finanzproblemen etwas zu ändern. Die Stadtwerke-Anteile sind dauerhaft weg, die Probleme sind geblieben. Daran muss man denken, wenn der Bürgermeister den Waldverkauf als Notwendigkeit darstellt.

KPÖ-Gemeinderat Jürgen Klösch: „Laut einer von der Stadtgemeinde selbst beauftragten Studie braucht Bruck jährlich mindestens 1,5 Millionen Euro zusätzlich, andernfalls droht bald die Zahlungsunfähigkeit. Aber die grundsätzlichen Probleme will der Bürgermeister nicht angehen. Stattdessen will er laufend das Stadtvermögen versilbern, um sich noch über ein paar weitere Jahre zu retten. Wie gefährlich solch ein Finanzdilettantismus ist, werden wir noch alle zu spüren bekommen.“

Opposition gibt Beispiel für gute Zusammenarbeit

Klösch: Bürgermeister soll Trotzhaltung beenden!



In vielen Fragen hat die Brucker Opposition unterschiedliche Zugänge, Meinungen und Lösungsvorschläge. Aber man ist bereit, auf Augenhöhe zusammenzuarbeiten und versucht, Lösungen zu präsentieren. SPÖ und insbesondere der Bürgermeister sind jedoch nicht in der Lage, hier mitzumachen.

Reduktion der Referentenbezüge von 10 auf 5 % von SPÖ und Grün niedergestimmt

Die KPÖ tritt für einen sparsamen Umgang mit Steuergeld ein. Insbesondere die Aufwendungen für die politischen Mandatare sind der KPÖ ein Dorn im Auge. Pro Jahr gibt die Stadtgemeinde fast 500.000 Euro für die Bezüge der gewählten Mandatare aus. Die KPÖ-Gemeinderäte haben daher zum wiederholten Male einen Antrag eingebracht, hier Einsparungen vorzunehmen. Der Antrag wurde von der SPÖ und Grün-Gemeinderat Schausberger niedergestimmt.

Gemeinderat Thomas Pierer: „*Würde man die Bezüge der Referenten halbieren, könnte die Stadt sich jährlich rund 50.000 Euro sparen. Es wäre auch ein Signal an die Bevölkerung, dass die Politik nicht immer nur die Bürger zur Kasse bittet, sondern auch bei sich selbst bereit ist zu kürzen. Leider ist die SPÖ dazu nicht bereit. Dass auch der Grüne Mandatar hier der Mehrheitsfraktion die Stange hält, wundert eh niemand mehr.*“

Was uns ein- und auffällt

... dass Werner Anzenberger der neue Obmann des Bund Sozialdemokratischer Akademiker ist. Wir gratulieren. Wir hoffen aber, dass er neben seinem Vollzeitjob als AK-Abteilungsleiter, Akademikerobmann und Autor zahlreicher Bücher auch Zeit hat, sich um die Brucker Finanzen zu kümmern. Immerhin ist der Professor ja auch Finanzstadtrat...



KPÖ

kpoe-steiermark.at/kpoe-bruck-an-der-mur.phtml

Kommentar von Jürgen Klösch

Initiative – Kontrolle – Information

Wie ein trotziges Kind

Sehr geehrte Bruckerin!

Sehr geehrter Brucker!



Ein aufmerksamer Beobachter hat gemeint, im Gemeinderat von Bruck an der Mur gehe es zu wie in einem Polit-Kindergarten. Das ist ein scharfes Urteil für dieses wichtige Gremium, und trifft sicher nicht auf alle Gemeinderäte zu. Die meisten bemühen sich, ihrem jeweiligen politischen Standpunkt entsprechend, etwas für Bruck an der Mur weiterzubringen.

Doch gerade in der letzten Zeit hatte ich den Eindruck, dass gerade Einiges aus dem Ruder läuft. Unser Bürgermeister Peter Koch benimmt sich zunehmend wie ein kleines trotziges Kind. Jede Form von Kritik hält er ganz schwer aus, mitunter stürmt er aus Besprechungen, in Pressekonferenzen richtet er der Opposition aus, was er sich im persönlichen Gespräch nicht sagen traut, und weil sein Herzensprojekt, der Schulcampus, nicht durchgegangen ist, schlägt er wütend um sich und beendet die letzten Reste der Kooperation mit den anderen Fraktionen.

Schuld an allen Problemen in Bruck gibt der Bürgermeister, dessen Partei, die SPÖ, seit 1945 ununterbrochen und die meiste Zeit mit absoluter Mehrheit im Gemeinderat regiert, der Opposition. Wer soll diese Jammerei denn ernst nehmen? Die KPÖ hat in den letzten Jahren mehrfach Anträge gestellt, die Sanierungen der Schulen endlich anzugehen, alle diese Anträge wurden von der SPÖ niedergestimmt.

Übrigens hat Bürgermeister Koch selbst in einem Fernsehinterview gesagt, als die SPÖ keine Absolute hatte, hat Zusammenarbeit funktioniert, seit der letzten Wahl nicht mehr. Das sagt doch alles über die Probleme aus. Die SPÖ sollte ihr eigenes Verhalten hinterfragen, ob es der Zusammenarbeit im Gemeinderat zuträglich ist.

Die Wahrheit ist, dass der jüngste Rundumschlag von Bürgermeister Koch nur dazu gedient hat, vom eigenen Versagen als Bürgermeister abzulenken. Das Scheitern des Schulcampus, die veritable Finanzkrise, in der Bruck steckt, der Skandal um das Parteilokal in der Grabenfeldstraße – darüber will der Bürgermeister natürlich nicht so gerne sprechen. Lieber haut er auf die Opposition hin, und gibt allen anderen die Schuld, dass die Schulen nicht saniert werden. Es ist hoch an der Zeit, die wirklichen Probleme der Stadt anzugehen und nicht immer nur die persönlichen Befindlichkeiten des Bürgermeisters auszuwalzen. Lieber Peter Koch, reiße dich endlich zusammen!

Konsequent. Kritisch.

Ihr KPÖ-Gemeinderat Jürgen Klösch

Tel. 0664 / 79 34 386



E-Mail: juergen.kloesch@kpoe-steiermark.at

Facebook: [kpbruck](https://www.facebook.com/kpbruck)



Konsequent. Kritisch. Klösch

Privatisierungen: Peter Koch lässt nicht locker

Bürgermeister Peter Koch ist mit seinem Prestige-projekt, dem Schulcampus im Leiner-Gebäude, gescheitert. Sein einziges Finanzierungsmodell basierte auf dem Verkauf eines größeren Teiles des Stadforstes. Dafür fehlte ihm am Ende des Tages die nötige Zweidrittelmehrheit im Gemeinderat.

Obwohl der Bürgermeister es trotz Bitten und Drohen nicht geschafft hat, im Gemeinderat überzeugende Argumente vorzulegen, und obwohl das Projekt Bildungscampus Geschichte ist, hält Koch an der Verkaufsabsicht beim Wald fest. Mit Hilfe einer Volksbefragung möchte er sich die nötige Legitimation holen, um den Waldverkauf durchzusetzen. Noch ist allerdings unklar,

wie diese Befragung ablaufen soll und wie die konkrete Fragestellung aussehen wird. Die KPÖ lehnt die Privatisierung von Gemeindevermögen jedenfalls aus prinzipiellen Gründen ab.

KPÖ-Gemeinderat Jürgen Klösch: „Bruck hat ein Problem in der laufenden Gebarung. Das heißt, wir geben mehr aus, als wir einnehmen. Daran ändert auch der Waldverkauf grundsätzlich nichts. Im Gegenteil, der Wald wirft jedes Jahr ordentliche Gewinne ab, die zukünftig fehlen werden. Und die Holzpreise steigen derzeit sogar massiv an. Da ist ein Verkauf die schlechteste aller Möglichkeiten. Noch etwas: Wir haben schon beim Verkauf der Stadtwerke-Anteile gesehen, dass eine Privatisierung dem Budget langfristig nichts bringt. Die sieben Millionen

Euro, die wir damals bekommen haben, waren nach zwei Jahren im Budget versickert, ohne irgendeinen merkbaren Niederschlag! Das gleiche wird beim Wald passieren, weil das Brucker Budget nun einmal am Sand ist.“

Im Gemeinderat braucht Peter Koch weiter eine Zweidrittelmehrheit für den Waldverkauf. Die Volksbefragung ist daher ein taktisches Manöver, um die Opposition unter Druck zu setzen. Bindend ist das Ergebnis nämlich nicht.

KPÖ-Gemeinderat Thomas Pierer: „Peter Koch will seine Prestigeprojekte finanzieren, dafür braucht er Trantschergeld. Das ist der wahre Grund, warum er unbedingt den Wald verscherbeln will. Er sollte sich lieber um die wirklichen Probleme in Bruck kümmern und nicht um sein Ego.“



Für und gegen Sanierung: Peter Koch.

Prioritätenliste für Sanierungen – SPÖ dagegen

Die Stadtgemeinde hat viele Baustellen, welche unbedingt saniert werden müssen.

Dazu zählen die Freizeiteinrichtungen (Freibad und Eislaufplatz), Gebäude (Neue Mittel Schule, Schule Berndorf, Musikschule etc.), diverse Straßen und auch sonstige Infrastruktur. Ein Masterplan für den effizienten Einsatz der finanziellen Mittel für die kommenden 10 Jahre müsste erstellt werden, welcher sämtliche sanierungsbedürftigen Objekte umfasst und Kostenabschätzungen beinhaltet. Dieser Plan wäre dann Grundlage für eine vorläufige Reihung der Sanierungsprioritäten, welche entsprechend in den kommenden Budgets zu berücksichtigen sind. Die KPÖ hat bereits mehrfach, zuletzt in der Gemeinderatssitzung im März, Anträge eingebracht, die Stadt möge sich endlich um ein entsprechendes Sanierungskonzept bemühen. Der Antrag scheiterte wieder einmal an den Stimmen der SPÖ.

KPÖ-Gemeinderat Jürgen Klösch: „Jeder in Bruck hat inzwischen begriffen, wie desolat beispielsweise unsere Schulen sind. Bürgermeister Koch selbst hat das zugegeben. Dennoch wird unser Antrag niedergestimmt. Das versteht niemand mehr.“

Sagen Sie uns Ihre Meinung!

Unter den Einsendungen verlosen wir kleine Buch- und Sachpreise

Umfrage: Waldverkauf

Bürgermeister Peter Koch will den Gemeindeforst – Revier Zlatten – verkaufen. Laut eigener Aussage schafft Bruck an der Mur es aus eigenem Vermögen, die Schulsanierungen zu finanzieren. Auch stehe Bruck laut Bürgermeister Koch finanziell sehr gut da. Wozu er also das Geld vom Waldverkauf benötigt, ist unklar. Dennoch will er den Forst unbedingt verkaufen.

Sind Sie für den Waldverkauf?

Name: _____

Adresse, E-Mail: _____



An die
**BRUCKER
Volksstimme**

c/o Gemeinderat Jürgen Klösch
Platz der Menschenrechte 2
8600 Bruck an der Mur

E-Mail: juergen.kloesch@kpoe-steiermark.at

SPÖ-Parteilokal Grabenfeldstraße

Seit Jahrzehnten nutzt die SPÖ Bruck an der Mur eine Räumlichkeit, welche sich im Besitz der Stadtgemeinde befindet. Nun wurde medial bekannt, dass die SPÖ für diese Räumlichkeit lediglich eine verschwindend geringe Miete in Höhe von 156 Euro für 86 Quadratmeter bezahlt.

Von Seiten der SPÖ wurde betont, dass der eigentliche Nutzer der Räumlichkeit in der Grabenfeldstraße nicht die SPÖ, sondern der SPÖ-Sparverein (Obmann SPÖ-Stadtparteiobmann Pe-

ter Schlagbauer) sei, und dieser wie jeder andere Verein in Bruck an der Mur behandelt werde. Inzwischen wurde auch bekannt, dass die Räumlichkeit künftig vom Verein der Freunde der Breitenauerbahn (Obmann: Peter Schlagbauer) genutzt werden wird.

KPÖ-Gemeinderat Jürgen Klösch brachte die Kritik auf den Punkt: „Während bei den Gemeindefunktionen und den Gebühren laufend alles teurer wird, gönnt sich die SPÖ für sich selbst einen Mietvertrag zum Spartarif.“



Kinder- und Jugendpsychiatrie: Angebot ausbauen!

In der Steiermark gibt es fast keine Kassenarztstellen für Kinder- und Jugendpsychiatrie und Psychologie. Gleichzeitig fehlt es an stationären und tagesklinischen Plätzen der Kinder- und Jugendpsychiatrie. Das hat zur Folge, dass die Betroffenen entweder in den wahlärztlichen Bereich abwandern, oder um eine ordentliche Behandlung umfallen. Die Coronakrise hat die Unterversorgung in diesem Bereich noch einmal verschlimmert.

Wie in verschiedenen Medienberichten zu lesen war, haben sich die Fälle von psychischen Problemen in der Bevölkerung im allgemeinen, und bei Jugendlichen im Besonderen, drastisch erhöht. Ein Ausbau der Beratung und Behandlung psychischer Probleme ist daher ein Gebot der Stunde. Eine entsprechende Resolution der KPÖ, Bund und Land aufzufordern, hier endlich tätig zu werden, wurde im Gemeinderat einstimmig beschlossen.

Nur die SPÖ darf vorkommen?

Die Meinungsvielfalt ist ein hohes Gut. In einer Demokratie ist es wichtig, möglichst umfassende, objektive und nachvollziehbare Informationen der Bevölkerung zur Verfügung stellen zu können, damit sich der interessierte Bürger eine eigene Meinung bilden kann. Dieser Grundsatz gilt für alle unabhängigen Medien, und sollte auch für Medien der öffentlichen Institutionen umso mehr gelten.

In unserer Heimatstadt Bruck an der Mur jedoch ticken die Uhren anders. Hier werden die Stadtnachrichten fast wie ein Parteiorgan der regierenden SPÖ geführt. Die Meinungen und Vorstellungen der anderen Fraktionen kommen nie vor. In anderen Gemeinden ist das übrigens sehr wohl möglich, dass die jeweiligen Fraktionen ihre Positionen zu einzelnen Themen oder auch allgemein einen Kommentar darbringen dürfen. In Bruck scheint das undenkbar.

Die Stadtnachrichten, eigentlich ein überparteiliches Organ, das mit Steuergeld finanziert wird, sind im Propagandaapparat der Bürgermeisterpartei voll eingespannt. Mitunter wurden schon Presseaussendungen der SPÖ wortgleich abgedruckt – sozusagen als offizielle Mitteilung der Gemeinde. Das stellt nicht nur den Auftrag einer umfassenden Bürgerinformation auf den Kopf, es wird auch die Meinung von immerhin 48 Prozent der Wählerinnen und Wähler ignoriert. Das finden zu recht viele für eine Stadtgemeinde und Bezirkshauptstadt nicht nur bedenklich, sondern auch peinlich. Höchste Zeit, dass sich daran was ändert.



Von KPÖ-Gemeinderat
Thomas Pierer

Übrigens: Seit geraumer Zeit gibt es eine Live-Übertragung der Gemeinderatssitzungen im Internet. Dort kann man sehen, wie es in der Gemeindestube wirklich zugeht. Mehrfach haben sich Bruckerinnen und Brucker über den Führungsstil des Bürgermeisters und den Umgangston gewisser Gemeindefunktionäre beschwert. Deshalb wurde bereits von Seiten der SPÖ lautstark darüber nachgedacht, den Livestream wieder abzuschaffen. Nach dem Motto: was keiner weiß kann keinen stören. Ich habe im Gemeinderat den Bürgermeister darauf angesprochen und klargemacht, dass eine derartige Abschaffung einem Akt der Zensur gleichkommt. Er hat daraufhin emotional wie immer versichert, dass eh niemand plane. Ich werde ihn beim Wort nehmen.

Thomas Pierer
0664/1397797,

E-Mail:
thomas.pierer@
kpoe-steiermark.at

Aktuelles aus dem Landtag Steiermark

KPÖ fordert Abkehr vom Bettenabbau

Werner Murgg: Algorithmus ersetzt am Gesundheitstelefon ärztliches Personal

300 Krankenhausbetten wurden in der Steiermark zwischen 2017 und 2020 abgebaut. Bis 2025 sollen weitere 626 Betten gestrichen und die Zahl der Spitäler halbiert werden. Das ist der Kern der Spitalsreform, der sich die steirische Landesregierung verschrieben hat. Aus Sicht der KPÖ ein absurdes Vorhaben, wie nicht erst die Erfahrungen der Corona-Pandemie zeigen.

Der Abbau von Betten in den steirischen Spitälern hat zu einem Engpass in weiten Teilen der medizinischen Versorgung geführt. Gesundheitslandesrätin Juliane Bognner-Strauß (ÖVP) hält dennoch eisern an den Spitalschließungen und dem Bettenabbau fest. KPÖ-LAbg. Werner Murgg hat deshalb in der Landtagssitzung am 18. Mai eine Dringlichen Anfrage an die Landesrätin gerichtet, um Licht ins Dunkel der Strategie der Regierung zu bringen. Diese beharrte auf den Zielsetzungen des steirischen Gesundheitsplans: Entscheidend sei nicht die Zahl der Spitalsbetten, sondern der erfolgreichen Behandlungen.

Zuletzt hat ein kompetenter Experte, Ärztekammerpräsident Herwig Lindner, in einem Zeitungsinterview gesagt: „Ich

glaube, dass in den Köpfen der Gesundheitsökonominnen und Rotstiftakrobaten ein Umdenken stattfinden muss.“ Lindner fordert den Ausbau von Spitalsbetten und einen Plan für die Ausbildung zusätzlicher Pflegekräfte und Ärzte. Andernfalls drohen Triagen im Spitalswesen. Werner Murgg: „Eigentlich sollte man gar nicht von Rotstiftakrobaten sprechen, denn Akrobaten müssen etwas können, sondern von Rotstift-dilettanten. Wir brauchen eine Kehrtwende in der Gesundheitspolitik, denn trotz der geschönten Darstellungen gibt es bereits jetzt Versorgungsengpässe, die wir nicht hinnehmen dürfen!“

Gesundheitssystem in der Krise

In den 15 Monaten der Corona-Pandemie wurde von den Verantwortlichen kein konkreter Plan zur Rekrutierung qualifizierter Pflegekräfte bzw. zur Bekämpfung des drohenden Ärztemangels entwickelt. Nach dem Regionalen Strukturplan (RSG) 2025 sollen sogar im großen Stil Kapazitäten abgebaut werden. Ein Pandemieplan existiert noch immer nicht, um Herausforderungen wie Covid-19 besser bewältigen zu können. Menschen, die einen Absonderungsbescheid bekommen

haben und schwerer erkrankt sind, wurden vielfach allein gelassen. Oft hat das dazu geführt, dass diese Personen zu spät ins Krankenhaus eingewiesen wurden und der Krankheitsverlauf dadurch schwerer war. „Das liegt auch daran, dass es in der Steiermark, im Gegensatz zu den meisten anderen Bundesländern, nicht mehr möglich ist, am Gesundheitstelefon 1450 mit ärztlichem Personal zu sprechen. Stattdessen kommuniziert man mit einem Algorithmus“, kritisiert Werner Murgg.

KPÖ-LAbg. Claudia Klimt-Weithaler erinnerte in der Debatte daran, dass die wesentlichen gesundheitspolitischen Weichenstellungen nicht im Landtag, sondern in der Landeszielsteuerungsgruppe festgelegt werden.

Zitat – zum Kopfschütteln

„Eine Aufstockung der Intensivbetten führt nur zu noch mehr Toten in diesem Land“ – Laurenz Pöttinger, Nationalratsabgeordneter (ÖVP)



Werner Murgg
KPÖ-Landtagsabgeordneter



Claudia Klimt-Weithaler
KPÖ-Landtagsabgeordnete

Die KPÖ brachte im Landtag vier Anträge zur Abstimmung:

- Ausstieg aus den Kürzungen im Spitalswesen (RSG 2025 und Gesundheitsplan 2035);
- Ausarbeitung eines objektiven, verbindlichen Personalbedarfsplanungsinstruments für die Spitäler;
- konkrete Maßnahmen zur Erhöhung der Zahl von Ärztinnen und Ärzten sowie der Pflegekräfte in der Steiermark in der öffentlichen Gesundheitsversorgung;
- Wiederaufnahme des Covid-Visitendienstes nach Kärntner Vorbild

Alle vier Anträge wurden von ÖVP und SPÖ abgelehnt. Der erste Punkt wurde auch von Grünen und Neos abgelehnt.

Pflegeheime

In keinem österreichischen Bundesland gibt es so viele **private und gewinnorientierte Pflegeheime** wie in der Steiermark. Wie der Landesrechnungshof gezeigt hat, sind die Kostensteigerungen in gewinnorientierten Heimen um ein Vielfaches höher als in öffentlichen und gemeinnützigen Pflegeheimen. Ein Ausstieg aus diesem System ist überfällig, sagt die KPÖ. Auch deshalb fordert die KPÖ auch die Übernahme der Heime des insolventen Arbeiter-Samariterbundes.

Undurchsichtiges Millionengeschäft mit Impfungen und Tests

KPÖ fordert Offenlegung von Ausschreibung und Verträgen

Die Steiermark hat von allen Bundesländern den größten Rückstand bei Covid-19-Impfungen. Statt die bestehenden Möglichkeiten von Gemeinden und gemeinnützigen Organisationen zu nutzen, wurde ein privates Unternehmen beauftragt, Massentests und Impfungen durchzuführen – dort fehlt aber das Personal. Die KPÖ fordert die Landesregierung auf, die Verträge offenzulegen.

Nicht nur die Massentests, auch die Impfungen, bei denen die Steiermark Schlusslicht in Österreich ist, werden an die Firma Kastanienhof übertragen, die in Graz eine Privatklinik betreibt. Obwohl die Impfungen im März beginnen sollen, war der Vertrag aber aufgrund der hohen Kosten in der letzten Februarwoche noch gar nicht unterschrieben. Da dieses Unternehmen gar nicht über das nötige Personal verfügt, um Tests und Impfungen durchzuführen, werden Drittfirmen beauftragt – an den Teststraßen meist das Rote Kreuz, das dem Vernehmen nach bei der Ausschrei-

bung gar nicht berücksichtigt wurde.

Diese Vorgänge werfen viele Fragen auf, die die KPÖ in Form einer Anfrage an die zuständige Landesrätin Juliane Bogner-Strauß (ÖVP) gerichtet hat. Unter anderem verlangt die KPÖ eine Offenlegung der Ausschreibung und der Verträge. Unklar ist, wer überhaupt zur Angebotslegung eingeladen wurde. Auch ist unbekannt, welche Qualifikationen beim eingesetzten Personal vorausgesetzt werden und wie es rekrutiert und bezahlt wird.

KPÖ-Landtagsabgeordnete Claudia Klimt-Weithaler: „Es ist bedenklich, dass das Land auf eine externe Firma zurückgreifen muss, um die Tests und Impfungen durchzuführen. Wenn dann die Wahl aber auf ein Unternehmen fällt, das selbst mangels Personal eine weitere Firma braucht, dann ist mit Sicherheit etwas faul und aufklärungsbedürftig. Landesrätin Bogner-Strauß muss schnellstens die Verträge und die Ausschreibung offenlegen, um jeden Verdacht aus dem Weg zu räumen, dass sich hier jemand auf Kosten der Gesundheit der Steirerinnen und Steirer eine goldene Nase verdient.“



KPÖ lehnt Privatisierung des Impfgeschäfts ab.

WAS MIT UNSEREM STEUERGEDULD PASSIERT...

Corona-Hilfen für KTM: 11 Millionen

Dividende für KTM-Chef Pierer: 7 Millionen

Foto: KTM/Photograph: Fotograf: Sebas Romero

KPÖ

Eröffnungsbilanz und Doppik: Grundlage für Privatisierungen

Die Gemeindefinanzen wurden auf das System der Doppik umgestellt. Ein Buchungssystem, das in der Privatwirtschaft angewendet wird. Eine Umstellung, die sehr kosten- und zeitintensiv war und zu der die Gemeinden per Landesgesetz zwangsverpflichtet wurden.

Mit der Einführung der Doppik wurden die Gemeinden auch verpflichtet, eine Eröffnungsbilanz zu erstellen. In aufwendigen Vorarbeiten mussten alle Vermögenswerte – von der Gemeindestraße bis zum Schreibtisch des Bürgermeisters finanziell bewertet werden.

Damit wurde das Vermögen der Gemeinden erfasst und ist damit für Privatisierungsgelüste sichtbar. Die Gemeinden sind nun untereinander vergleichbar und können bewertet werden. Das kann Auswirkungen auf die Bonität

und damit auf die Höhe von Kreditzinsen haben. Dahinter steht die neoliberale Idee, Gemeinden wie Unternehmen bewerten zu können.

Das erste europäische Land, das die Doppik auf kommunaler Ebene eingeführt hat, war bezeichnenderweise Großbritannien in den 60er Jahren. Dadurch wurde die Grundlage für die Politik der Thatcher-Ära geschaffen, die mit der Privatisierung eines Großteils der kommunalen Leistungen einherging.

Nicht zuletzt wird auch die Grundlage geschaffen, Gemeinden in Konkurs schicken zu können. Das alles muss nicht passieren, aber es gibt Länder (USA, Ungarn, Estland) in denen es bereits passiert ist. Die Einführung der Doppik ist letztlich ein Angriff auf die kommunale Selbstverwaltung. Die KPÖ hat die Eröffnungsbilanz aus all diesen Gründen abgelehnt.

Verkehrsverbund erhöht Preise

Trotz der Appelle der KPÖ erhöht die Landesregierung erneut die **Fahrpreise im öffentlichen Verkehr**.

Während die ÖBB letztes Jahr auf eine Erhöhung ver-

zichtet hat oder das Land Tirol die Teuerung heuer aussetzt, steigen in der Steiermark die Fahrpreise im Schnitt wieder 50 % stärker als die offizielle Teuerungsrate.

Kommentar von KPÖ-Landtagsabgeordneter Claudia Klimt-Weithaler

„SOZIALHILFE NEU“: VIELE VON KÜRZUNGEN BETROFFEN!

Leben in der Krise

Im Juli wird die Mindestsicherung von der neuen „Sozialunterstützung“ abgelöst. Dann können all jene, die auf diese Leistung angewiesen sind, keine Wohnunterstützung mehr beziehen. Für Tausende, die schon jetzt wenig haben, wird es dann noch enger. Aber niemand will an diesem Gesetz schuld sein.

Beschlossen wurde die Neu-

erung von der Bundesregierung Kurz-Strache. Die schwarz-grüne Regierung hat die Regelung übernommen, nachdem der Verfassungsgerichtshof einige Passagen gestrichen hat. Die Umsetzung in der Steiermark erfolgt durch eine SPÖ-Landesrätin. Dadurch verlieren viele Menschen im Verhältnis zu ihren geringen Einkommen viel Geld.

Wir befinden uns in der schwersten Wirtschaftskrise seit Jahrzehnten. Viele sind jetzt auf Hilfe angewiesen. Die Kürzungen werden zu massiven Problemen führen. Da ein Teil der Wohnkosten dann als Sachleistung überwiesen wird, werden viele keine neue Wohnung finden. Das Gesetz trägt zur Entmündigung von Menschen mit wenig Geld bei!



Solange es in der Steiermark nicht ausreichend erschwinglichen Wohnraum gibt, ist es völlig unverantwortlich, bei der Wohnunterstützung noch weiter zu kürzen und die Spielräume des Landes nicht auszunutzen.

KLEIN, aber MIT BISS



Der junge Kanzler schaut jetzt ganz alt aus. Es gibt zu viel Schwindel und Skandale.

IMPRESSUM:

Medieninhaber und Verleger:
KPÖ Bruck an der Mur, Feldgasse
8, 8605 Kapfenberg

Herausgeber: Jürgen Klösch
E-Mail: juergen.kloesch@
kpoe-steiermark.at

Medieninhaber (Verleger) ist
die KPÖ (Kommunistische Partei
Österreichs).

Druck und Versand:
Druckerei Bachernegg
8605 Kapfenberg



Helfen statt reden!



Rat & Hilfe

bei der Mieter- und Sozialberatung der KPÖ

durch Gemeinderat Clemens Perteneder

Sie finden kostenlos Rat und Hilfe:

- bei allen mietrechtlichen Fragen
- wenn Sie Schwierigkeiten haben, Ihre Miete zu bezahlen
- bei drohender Delogierung
- wenn Sie mit Ihrem Vermieter oder der Genossenschaft Probleme haben
- in Fragen des Arbeitsrechts, im Pensions- und Sozialbereich
- bei der Mindestsicherung

Rufen Sie an!

Wir werden versuchen, gemeinsam eine Lösung zu finden!

Voranmeldung erbeten!

Tel. 03862 / 22 4 17

Sprechstunden der KPÖ Bruck-Kapfenberg
Feldgasse 8, 8605 Kapfenberg

Freitag: 9:30 - 14:00 Uhr sowie nach Vereinbarung